

Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: www.die-soziale-bewegung.de

Email: info@die-soziale-bewegung.de



Rundmail

12. Februar 2016

Nicht Niedrig- und Normalverdiener, sondern die Reichen und Superreichen sollen den Tisch für Erwerbslose und Flüchtlinge decken! – Einladung bundesweites Treffen am 20. Februar in Magdeburg

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir laden Euch herzlich zum 68. bundesweiten Treffen am Samstag, 20. Februar in Magdeburg ein.

Auch in diesem Jahr rufen wir wieder zu einem Aktionsmonat im Mai auf für mindestens 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro steuerfreien Mindestlohn. Da sagen manche: hallo, das reicht doch schon lange nicht mehr, wie lange wollt ihr immer noch nur 500 Euro und 10 Euro fordern?

Eben, wir kämpfen dafür, das Existenzminimum von Erwerbslosen und Erwerbstätigen durchzusetzen. Und da wird mehr als 500/10 erst greifbar, wenn denn die Mauer von 500/10 geknackt ist. Immer mehr Institutionen und Organisationen beginnen inzwischen, das als notwendig und unverzichtbar öffentlich zu begreifen. Da bleiben wir dran mit unserem Aktionsmonat.

Warum kämpfen wir für die Verteidigung des Existenzminimums? Weil diese Forderungen sehr aktuell sind. Es geht unter anderem darum, dem zu begegnen, dass in diesen Tagen Erwerbslose und Erwerbstätige gegen Flüchtlinge ausgespielt werden. Es wird eine Spaltung zwischen Menschen betrieben, die eigentlich die gleichen Forderungen verbinden: Gesetzlicher Mindestlohn ohne Ausnahmen, bezahlbare Wohnungen und Grundsicherung in einer Höhe, dass man davon über die Runden kommt.

Gesellschaftliche Diskussionen darüber, dass das Geld und die Wohnungen knapp würden, weil Flüchtlinge nach Deutschland kommen, bilden die Begleitmusik für Pegidaaufmärsche und brennende Flüchtlingsunterkünfte.

Es wird von rechten Scharfmachern und großen Medien ebenso wie von einfalllosen Kommunalpolitikern behauptet, das Geld werde wegen der Flüchtlinge knapp. Das Geld in den öffentlichen Kassen ist aber schon lange knapp und bezahlbarer Wohnraum fehlt ebenfalls schon lange, weil nicht genügend Steuern geschöpft werden. Auch das Geld für ausreichende Stellen im öffentlichen Dienst, wie z. B. für ausreichendes Personal in Krankenhäusern und für den Bau und die Instandhaltung von Schulen fehlt schon viele Jahre lang. Das hat alles nichts damit zu tun, ob Flüchtlinge nach Deutschland kommen oder nicht. Tatsächlich hat die Bundesregierung die Reichen und die Superreichen immer mehr von Steuern entlastet. Deswegen fehlt das Geld in den öffentlichen Kassen.

Wie soll das Geld ausreichen, wenn die großen Konzerne nur noch 15 % auf ihre Gewinne bezahlen? 1989 waren es noch 56 %. Wenn auf Kapitalerträge („Abgeltungsteuer“) heute

pauschal 25 % statt entsprechend der Einkommensteuer je nach Einkommen zwischen 14 und 56 % bezahlt werden? Wenn die Vermögensteuer nicht mehr eingenommen wird? Der Schaden für den Staat alleine durch das Fehlen der Vermögensteuer geht in die hunderte Milliarden Euro. Diese Steuern müssen wieder vollständig hergestellt, wenn nicht sogar darüber hinaus erhöht werden, um u.a. den Tisch für Erwerbslose und Flüchtlinge zu decken.

Die Kampagne für mindestens 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro steuerfreien gesetzlichen Mindestlohn fordert, dass die Niedrigverdiener und auch die gesellschaftliche Mitte deutlich von Steuern entlastet werden sollen.

Der Kampagnenrat für 500-10 (steuerfrei) hat in seinem letzten Newsletter einige Informationen dazu mitgeteilt, wie die Masse der Bevölkerung durch einen absurd niedrigen Grundfreibetrag und eine ebenso absurd gestaltete Steuerprogression zu stark besteuert wird. Die Forderungen der Kampagne 500-10 spielen auch hier eine positive Rolle:
<www.die-soziale-bewegung.de/2016/12-19_Goettingen/Newsletter-500-10_2015-12-12.pdf>

Das Treffen in Magdeburg:

Zeit: Sa, 20. Februar 2016, 12 - 17 Uhr.

Ort: Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), Olvenstedter Straße 10 in Magdeburg (rund 500 m vom Hauptbahnhof entfernt). barrierefreier Zugang

Anreisebeschreibung: <http://www.bit.ly/Anreise-BUND-MD>

Unser Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll), Vorstellungsrunde
2. Aktionstag am 10. März zu „Rechtsvereinfachungen“
3. Aktionsmonat Mai zu 500-10 (steuerfrei). Wie setzt das ABSP sich dafür ein?
4. Weitere Themen der Sozialproteste
5. Aktuelles

Den Entwurf des Protokolls vom 19. Dezember 2015 in Göttingen findet Ihr als Anhang dieser E-Mail.

Aktionstag AufRecht bestehen am 10. März

Das ABSP schließt sich dem Aufruf zu diesem Aktionstag gegen die geplanten sogenannten Rechtsvereinfachungen an:

Ansprüche verteidigen - Sanktionen abschaffen!

<<http://www.erwerbslos.de/aktivitaeten/669-2016-01-18-10-36-17.html>>

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Peter Moser, Sabine Podewin, Tommi Sander, Edgar Schu, Dieter Weider, Walter Michael Wengorz, Helmut Woda

Kontaktdaten aller Kokreismitglieder:

<http://www.die-soziale-bewegung.de/kontakt.html>

Vernetzungsbüro: Edgar Schu, edgar.schu at die-soziale-bewegung.de, Tel.: 0551 20190386

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an info@die-soziale-bewegung.de